



Kundmachung

über die in der 10. Sitzung der Gemeindevertretung am 04.02.2016
gefassten Beschlüsse

4. VERKEHRSENTLASTUNG - TATEN STATT WORTE

Die FPÖ forderte die Errichtung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern aller Fraktionen zur Erarbeitung und Prüfung von Maßnahmen, um damit mehr Gehör für rasch umzusetzende, verkehrsentslastende Maßnahmen bei Entscheidungsträgern von Bund, Land und Zollverwaltung zu finden. Diese Maßnahmen sind dann in vorgegebenem Zeitrahmen umzusetzen. Bürgermeister Kurt Fischer konkretisierte, dass man mit dem Planungsausschuss, dem Tiefbauausschuss und dem Mobilitätsausschuss auf Verwaltungsebene bereits zuständige Gremien habe, die fraktionsübergreifend mit diesen Themen befasst sind. Es sei vielmehr eine politische Frage, wie man bestmöglich im Schulterschluss der politischen Fraktionen für eine Verkehrsentslastung Lustenaus kämpfe. Bernd Bösch als Vertreter der Grünen und Dr. Walter Bösch von der SPÖ schlossen sich dieser Ansicht an, da es vor allem um das gemeinsame Ziel gehe, weniger Verkehr durch Lustenau zu erreichen. Während der Sanierung der Rheinbrücke im Sommer 2016 werde man sehen, wie der Verkehr rund um Lustenau fließen könne und wie der Verkehr gerechter auch auf andere Gemeinden verteilt werde, war die einhellige Meinung.

Auf Basis der SPÖ-Forderung wurde folgender Antrag formuliert und mit 27:9 Stimmen angenommen:

In einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern aller Fraktionen soll unter Beiziehung eines externen Verkehrsexperten geprüft werden, welche kurz- und mittelfristig wirksame Maßnahmen (unabhängig von der angedachten Realisierung der Z-Variante) umgesetzt werden können. Ziel soll es sein, bei den Entscheidungsträgern von Bund, Land und Zollverwaltung mehr Gehör für rasch umzusetzende, verkehrsentslastende Maßnahmen in unserer Gemeinde zu finden.

Der ursprüngliche Antrag der FPÖ fand keine Mehrheit (Ablehnung 10:26).


Bürgermeister Dr. Kurt Fischer
Bürgermeister

